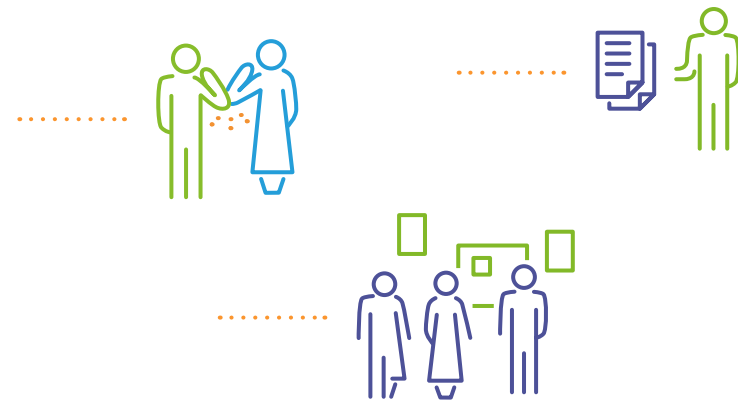
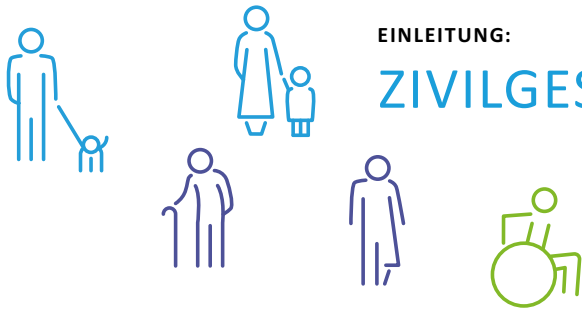

KRISEN GEMEINSAM GESTALTEN: ERFAHRUNGEN, VORSCHLÄGE UND PRAXISBEISPIELE AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT



Ein Papier der Allianz für Beteiligung in Zusammenarbeit mit
dem Corona-Forum Zivilgesellschaft





EINLEITUNG:

ZIVILGESELLSCHAFT IST IN KRISEN SYSTEMRELEVANT

Die Allianz für Beteiligung setzt sich als Netzwerk zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft ein. Dabei geht sie von dem Grundsatz aus, dass eine aktive Zivilgesellschaft mit ihren Maßnahmen der Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements zentrales Wesensmerkmal einer demokratischen Gesellschaft ist. Den Aktivitäten der Allianz für Beteiligung liegt daher ein Verständnis zu Grunde, das die Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« bereits im Jahr 2002 so formuliert hat:

«[...] Die Bürgerinnen und Bürger erneuern mit ihrem freiwilligen Engagement in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Sie schaffen eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens. Kurz, sie erhalten und mehren, was wir heute »soziales Kapital« nennen: die Verbundenheit und das Verständnis zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft, die Verlässlichkeit gemeinsam geteilter Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt das Vertrauen in die Institutionen des Staates.«¹

Das Sichern und Mehrern von »sozialem Kapital« ist für die Allianz für Beteiligung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der sie beitragen möchte. Für die Allianz für Beteiligung haben Menschen ein Recht darauf, teil zu haben, gehört zu werden und mitbestimmen zu können bei den Dingen, die ihr gesellschaftliches Leben und seine Rahmenbedingungen betreffen. Die Ausübung und Förderung dieser Rechte

ist angesichts der komplexer werdenden gesellschaftlichen Herausforderungen noch wichtiger. Diese Herausforderungen können nur im Zusammenspiel von Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gelöst werden. Deshalb wird Zusammenarbeit, Beteiligung und Einbindung in Netzwerke nötig. Und auch vernetzte Strukturen, die sich nicht an Zuständigkeiten orientieren, sondern an den gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die es zu lösen gilt. Diese gemeinwohlorientierte Handlungsmaxime bildet gemäß der Neuen Leipzig Charta auch die Grundlage für eine Stadt- und Quartiersentwicklung, die sich kooperativ, nachhaltig und krisenfest aufstellen will.²

Das Anliegen der Allianz für Beteiligung, Mitwirkung zu fördern, war bereits vor dem Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 herausfordernd. Im Rahmen der Corona-Pandemie wurde es dies noch mehr. Aber gerade in der Krise hat sich wieder gezeigt, wie notwendig die Zivilgesellschaft ist, um kommunale und landespolitische Strukturen bei der Bewältigung der Krise zu unterstützen. Dass sie dazu in besonderer Weise geeignet und ausgerüstet ist, zeigt der Blick auf die kommunale Ebene. Erkenntnisse aus dem Projekt »Corona – seine Folgen und Lehren für Senior*innen« des GenerationenTreff Ulm/NeuUlm e. V. sollen hier als Beispiel dienen. Im Abschlussbericht des Projekts heißt es zur Rolle der Zivilgesellschaft in der Corona-Krise:

¹ Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestages, Drucksache 14/8900, vom 03.06.2002 (14. Wahlperiode), S. 2

² Neue Leipzig Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl. Verabschiedet beim Informellen Ministertreffen Stadtentwicklung am 30. November 2020. Informationsportal dazu unter: [Nationale Stadtentwicklungspolitik – Homepage – Neue Leipzig-Charta 2020: Die transformative Kraft der Städte \(nationale-stadtentwicklungspolitik.de\)](https://nationale-stadtentwicklungspolitik.de)



»Zivilgesellschaftliche Organisationen können kurzfristig zusätzliche Ressourcen mobilisieren: Ihre Ehrenamtlichen arbeiten oft auf Grund der Einsicht in das, was notwendig ist bzw. erscheint, zusätzlich, ohne Bezahlung und ohne arbeitszeitliche Begrenzungen. Sie finden dafür kreative und auf die lokalen Verhältnisse angepasste Formen. [...] Zivilgesellschaftlichen Organisationen fällt es leichter kurzfristig Spenden zu akquirieren und diese dann schnell zur Verfügung zu stellen. Die dort engagierten Menschen tun dies aus altruistischen Motiven und dienen so dem Gemeinwohl. Und viele zivilgesellschaftliche Organisationen haben einen guten Zugang zu solchen gesellschaftlichen Gruppen, die Verwaltung mit ihren Mitteln nur unzulänglich erreicht: durch ihre Arbeit genießen sie dort das notwendige Vertrauen, kennen Kommunikationsstrukturen und Schlüsselpersonen und können so Informationen weitergeben und in schwierigen Situationen Rat geben.«³

Berichte wie dieser bestärken auch die Allianz für Beteiligung darin, dass die Zivilgesellschaft gestärkt werden muss. Denn in der Corona-Pandemie wurde sehr deutlich: Eine starke Zivilgesellschaft schafft zum einen die Grundlagen, die im Sinne von »Blaulichtorganisationen« zur Krisenbewältigung nötig sind. Zum anderen schafft sie aber auch das soziale und kreative Kapital, das zur Aufrechterhaltung und Ausgestaltung von gesellschaftlichem Alltagsleben und sozialem Miteinander in der Krise ganz grundsätzlich dient. Deshalb ist die Allianz für Beteiligung davon überzeugt, dass die Zivilgesellschaft und ihre Vertreter*innen ein Recht darauf haben,

an der politischen Bewältigung von Krisen direkt beteiligt zu sein. Dieses Recht wird wichtiger, weil eine funktionierende Zivilgesellschaft zur Krisenbewältigung unverzichtbar ist.

Für die Allianz von Beteiligung ist somit klar: Die Zivilgesellschaft, und zwar sowohl die verfassten Akteur*innen als auch das ungebundene Engagement, ist in Krisenzeiten systemrelevant. Diesen Gedanken kann man auch noch weiter fassen und auf die grundsätzliche Bedeutung einer starken Zivilgesellschaft für die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben verweisen. Demnach muss es im Interesse des Staates liegen, sich dauerhaft und nachhaltig um das zu kümmern, wovon er selbst auch abhängig ist. Das bereits erwähnte Projekt des GenerationenTreff Ulm/NeuUlm e. V. formuliert diese gegenseitige Abhängigkeit wie folgt:

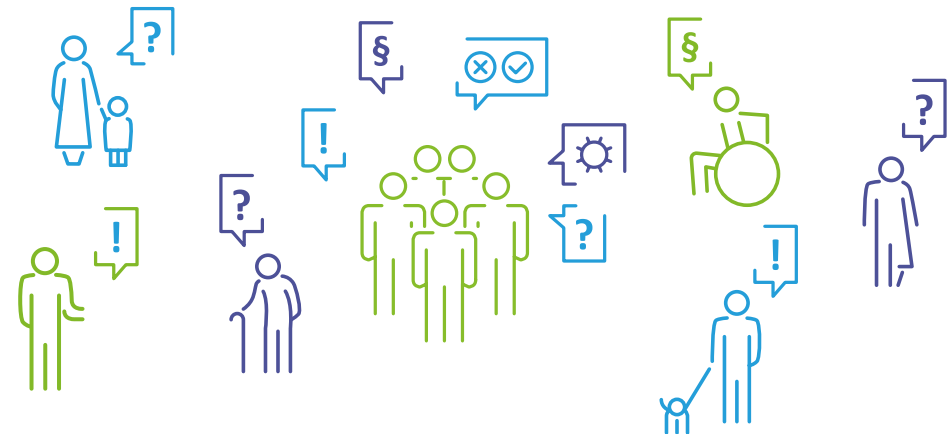
»Ein Blick auf zivilgesellschaftliche Nachbarschaftshilfeinitiativen zeigt, dass dieses Engagement oft staatliche Leistungen ergänzt und für eine vollständige Versorgung betroffener Menschen unverzichtbar ist. Insofern sind sie auch Teil der dauerhaften Versorgung. [...] Bei all diesen Stärken zivilgesellschaftlicher Organisationen und ihres Engagements sind Schwächen unübersehbar: Vor allem spontane Hilfe erfolgt oft unkoordiniert, eine flächendeckende Versorgung ist schwer sicherzustellen und die verfügbaren Ressourcen reichen auf Dauer nicht aus: Zivilgesellschaftliches Engagement braucht deshalb auf Dauer die Unterstützung des Staates – vor allem, um Hilfsstrukturen dauerhaft aufrechtzuerhalten.«

³ Unveröffentlichtes Manuskript: Abschlussbericht des Projekts »Corona – seine Folgen und Lehren für Senior*innen« des GenerationenTreff Ulm/NeuUlm e. V. im Rahmen des Förderprogramms »Nachbarschaftsgespräche«



Das vorliegende Papier beruht auf dem Verständnis der Gedanken, die einleitend dargelegt wurden. Es ist ein Papier der Allianz für Beteiligung, das aus der gemeinsamen Arbeit mit Vertreter*innen von 25 Organisationen im Corona-Forum Zivilgesellschaft hervorgegangen ist. Das Forum hat von Dezember 2020 bis November 2021 monatlich getagt und war Teil des Beteiligungsprozesses des Landes Baden-Württemberg zur Bewältigung der Corona-Pandemie 2020/2021. Das Papier bündelt die Ergebnisse, Hinweise und Vorschläge des Forums, was in Krisenzeiten im Allgemeinen und im Zusammenspiel von Politik, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft im Besonderen wichtig ist, um gemeinsame Steuerung und zweckdienliche Krisenarbeit leisten zu können. Zudem verweist es auf praktische Beispiele, bei denen eine Umsetzung von benannten Aspekten bereits erprobt wird, und die deshalb weiterreichende Beachtung finden sollten. Besonders an dieser Stelle ist es als »lebendes Dokument« zu verstehen, dass mit weiteren Erkenntnissen, Erfahrungen und Beispielen kontinuierlich ergänzt und somit aktualisiert werden kann.

Die Ergebnisse basieren auf Beratungen und Erkenntnissen, die mit Blick auf die Corona-Pandemie entstanden sind. Sie beziehen sich aber ausdrücklich auf Krisen im Allgemeinen und erheben den Anspruch, auch dafür gültig sein zu können. Sie richten sich an politische Entscheidungsträger*innen sowie Akteur*innen in deren Umfeld – und dabei insbesondere an diejenigen, die im Rahmen der Enquete-Kommission »Krisenfeste Gesellschaft« des Landtags von Baden-Württemberg im Jahr 2022 ihre Arbeit aufnehmen werden. Zudem richtet sich das Papier an zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Es soll sie zum einen in ihrer gesellschaftlichen Rolle stärken und sie dazu anregen, die Ergebnisse und Hinweise auch für sich und ihr Tun zu reflektieren. Zum anderen soll sie das Papier dazu ermutigen, aktive Mitsprache gegenüber politischen Entscheidungsträgern in der präventiven und akuten politischen Gestaltung von Krisen immer wieder anzubieten und einzufordern.





ERGEBNISSE: ERFAHRUNGEN, VORSCHLÄGE UND PRAXISBEISPIELE AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT

1. Politische Einbeziehung

ZENTRALE BOTSCHAFT: Die Zivilgesellschaft hat enorme Potentiale, Hilfs- und Informationsangebote zur Bewältigung von Krisen zielgruppengerecht auszugestalten. Es ist wichtig, sie im Vorfeld politischer Entscheidungen zu hören und in die Beratungen einzubeziehen. Zudem ist es wichtig, Zivilgesellschaft als Ressource in Krisen vollumfänglich zu nutzen.



ERFAHRUNGSWISSEN

Was ist wichtig?



In Krisen sammeln zivilgesellschaftliche Gruppen viele Alltagserfahrungen vor Ort. Es ist wichtig, dass diese Erfahrungen bei der politischen Bewältigung vertreten werden und ins Gewicht fallen.

VORSCHLAG

Was muss passieren?



Ständige, interdisziplinäre Dialog-Foren zwischen Politik und Zivilgesellschaft auf kommunaler und Landesebene durchführen und miteinander vernetzen

UMSETZUNGS-TIPP

Worauf ist zu achten?



- Dialog-Foren müssen schnell zusammenkommen und die Akteure thematisch flexibel sein
- Dialog soll nicht nur »Reden« bedeuten, sondern auch zu mehr Mitbestimmung führen

PRAXIS-BEISPIEL

Was ist gute Praxis?



LAG-Tagung »Restart Stadtentwicklung«

Corona-Forum Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg

Corona-Forum Ulm/Neu-Ulm

»Nachbarschaftsgespräche« in Baden-Württemberg



ERFAHRUNGSWISSEN

Was ist wichtig?

In Krisen stabilisieren zivilgesellschaftliche Gruppen die Gesellschaft, weil sie mit ihren Aktivitäten das gesellschaftliche Leben aufrecht erhalten. Es ist wichtig, dass diese Funktion bei der politischen Bewältigung von Krisen anerkannt wird.

Zivilgesellschaft für die Bewältigung von Krisen unabdingbar. Es ist wichtig, Zivilgesellschaft grundsätzlich als zentrale gesellschaftliche Ressource zu betrachten, die umfassend und kontinuierlich gestärkt werden muss.

VORSCHLAG

Was muss passieren?

Ressortübergreifende Krisen-Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft vor Ort aufbauen.
Die Prämisse dabei: weniger zentral, mehr vor Ort

Maßnahmen zur Vernetzung, Bindung und Wertschätzung der Bürgerbeteiligung, des Engagements und Ehrenamts stärken und konsequent umsetzen

- Weniger neuen Strukturen schaffen, sondern bestehende Netzwerke/Akteur*innen zusammenführen

- Anreize für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement kontinuierlich setzen und bekannt machen

UMSETZUNGS-TIPP

Worauf ist zu achten?

- Schnittstelle und Kommunikationskanäle zwischen ungebundenem und gebundenem Engagement stärken, spontanes Engagement an bestehende Strukturen anbinden
- Schnell und unbürokratisch dafür sorgen, dass die Akteur*innen arbeitsfähig sind und bleiben

- Wertschätzung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement kontinuierlich zollen

PRAXIS-BEISPIEL

Was ist gute Praxis?

[Deine Lernbox in der Metropolregion Rhein-Neckar](#)

[Anregungen zur Wertschätzung des Ehrenamts von lagfa bayern e. V.](#)

[Toolbox der Allianz für Beteiligung: Beteiligungs-Veranstaltungen](#)

[Engagementnachweis des Landes Baden-Württemberg](#)

[Projektfonds der Städte Herrenberg und Lörrach](#)

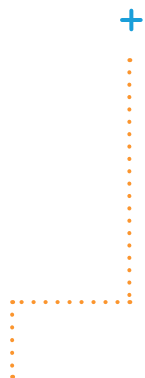
[Quartiersakademie Baden-Württemberg](#)

[Projekt „Wir! Ehren-amt stärken“ des DRK Landesverbands BW](#)

[Beteiligungstaler](#)

2. Strukturen zur Krisen-Vorsorge

ZENTRALE BOTSCHAFT: Die Mitgestaltung der Zivilgesellschaft in Krisen funktioniert am besten auf der lokalen Ebene. Es ist wichtig, Strukturen zu schaffen, in denen Politik, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft sich beständig mit der lokalen Instandhaltung und Weiterentwicklung digitaler und analoger Krisen-Infrastruktur beschäftigen. Zudem ist es wichtig, die Zivilgesellschaft mit ihren Ressourcen als fester Bestandteil in lokalen Krisenplänen zu verankern. Viele Bürgerinnen und Bürger zeigen in Krisen eine hohe Bereitschaft zur eigenverantwortlichen Selbstvorsorge, gegenseitigen Rücksichtnahme bis hin zur Nachbarschaftshilfe. Dazu benötigen sie klare Empfehlungen und Unterstützung von Politik und Zivilgesellschaft.



ERFAHRUNGSWISSEN

Was ist wichtig?



Eine funktionierende Infrastruktur ist unverzichtbar, um auch in Krisen miteinander leben und arbeiten zu können. Es ist wichtig, dass die analoge und digitale Infrastruktur beständig instandgehalten und weiterentwickelt wird.

VORSCHLAG

Was muss passieren?



Infrastruktur unter Beteiligung der Zivilgesellschaft krisenfest planen und weiterentwickeln

UMSETZUNGS-TIPP

Worauf ist zu achten?



- Infrastruktur auf Krisenfestigkeit prüfen, Zivilgesellschaft und Expert*innen dazu anhören
- Regelmäßig prüfen: Welche Kriseninfrastruktur ist angemessen, muss instandgesetzt oder neue entwickelt werden (z.B. Sirenen, SMS und/oder App bei Naturkatastrophen)

PRAXIS-BEISPIEL

Was ist gute Praxis?



Partizipative Planung Braunsbach

Praxisleitfaden Urbane Klimaresilienz partizipativ gestalten in Bremen



ERFAHRUNGSWISSEN

Was ist wichtig?

Krisen können besser bewältigt werden, wenn vorher Pläne für mögliche Maßnahmen erarbeitet wurden. Es ist wichtig, dass Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gemeinsam Lösungen für akute Probleme finden.

In Krisen übernehmen viele Menschen Eigenverantwortung, schützen sich und andere und sorgen vor. Es ist wichtig, Menschen mit geeigneten Informationen und Empfehlungen zur Selbstvorsorge zu ermächtigen.

VORSCHLAG

Was muss passieren?

Notfall- und Krisenpläne partizipativ mit Bevölkerung und Zivilgesellschaft erarbeiten

Klare Kommunikation von Empfehlungen zur Selbstvorsorge

UMSETZUNGS-TIPP

Worauf ist zu achten?

- Möglichkeit zur partizipativen Arbeit an Krisenplänen in nicht-krisen-Zeiten ins öffentliche Bewusstsein bringen
- Bestehende, lokale Netzwerke dazu nutzen, z.B. in der Quartiersarbeit
- Die nicht-organisierte Zivilgesellschaft einbinden, denn in Krisen leistet sie viel
- Die Krisenpläne müssen themen- und bereichsübergreifend erarbeitet werden und auf lokale Rahmenbedingungen angepasst sein

- Selbstvorsorge-Empfehlungen unter Einbeziehung von Expert*innen und zivilgesellschaftlichen Gruppen formulieren und regelmäßig aktualisieren
- Zivilgesellschaftliche Gruppen als Multiplikator*innen zur Bekanntmachung von Selbstvorsorge-Empfehlungen gewinnen

PRAXIS-BEISPIEL

Was ist gute Praxis?

Forschungsprojekt REALIS für gute Kommunikation im Krisenfall in Siegen

Partizipative Regenwasserkonzepte als wirksames Element zur Gestaltung klimaresilienter Städte

Überblick über Verhaltenstipps, Arbeitsrecht und Reisebestimmungen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung in mehreren Sprachen

Interessensvertretung Post-Covid-Erkrankter: Hilfe zur Selbsthilfe

3. Strukturen zur Krisen-Fürsorge

ZENTRALE BOTSCHAFT: Krisen verändern unsere Gesellschaft. Dies betrifft Strukturen in allen Bereichen: Wirtschaft, Soziales, Bildung, Familie. Es ist wichtig, betroffene Menschen in die Gestaltung von Veränderungen einzu-beziehen, damit ihre Perspektiven sichtbar bleiben. Zudem ist es wichtig, Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit, die Menschen in Krisenzeiten und auch danach begleiten können, zu stärken, auszubauen und miteinander zu vernetzen.



ERFAHRUNGSWISSEN

Was ist wichtig?



In Krisen kommen Unterstützungsangebote mitunter zu spät oder sind nicht passend. Es ist wichtig, Unterstützung für besonders benachteiligte Gruppen während einer Krise früh zu beginnen und niedrigschwellig zu gestalten.

VORSCHLAG

Was muss passieren?



Lokale Versorgungsstrukturen aufbauen und nutzen, um bei ganz akuten Nöten zu helfen

UMSETZUNGS-TIPP

Worauf ist zu achten?



- Der direkte Kontakt zu den Menschen, die Hilfe brauchen, darf gerade in Krisenzeiten nicht abreißen
- Wichtig sind: Formate der aufsuchenden Arbeit, Menschen als »Brückenbauer«
- Bestehende Angebote nicht schließen, sondern abwandeln/krisenfest machen
- Neue Angebote niedrigschwellig gestalten und an bewährten Standorten andocken

PRAXIS-BEISPIEL

Was ist gute Praxis?



Das Blochinger Netz

Nachbarschaftschallenge des VdK-Kreisverbands Tauberbischofsheim

Digitale Pinnwand für Hochwasser-Nothilfe von SWR3

Vernetzungsstrukturen und Angebote der Mehrgenerationenhäuser in BW

Projekte zur Förderung des respektvollen Zusammenlebens sowie gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung



ERFAHRUNGSWISSEN

Was ist wichtig?



Gesellschaftliche Nähe und Anteilnahme können Menschen vor Überforderung schützen. Es ist wichtig, in der Gesellschaft ein Bewusstsein zu schaffen, dass man sich gegenseitig hilft und um Hilfe bitten kann.

Bestehende soziale Ungleichheiten sind durch die Corona-Pandemie verstärkt worden. Es ist wichtig, bei Krisenstrategien die Auswirkungen auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft mitzudenken.

VORSCHLAG

Was muss passieren?



Lokale Netzwerke schaffen, die Angebote zur Begegnung, zur sozialen und psychologischen Hilfe bündeln

Anliegen von sozial Schwachen und jenen, die sie unterstützen, stärker in die Planung von Krisenmaßnahmen einbeziehen

- Niedrigschwellige, lokale Angebote stehen im Mittelpunkt
- Lokale, nachbarschaftliche Strukturen stärker sichtbar machen

- Betroffene und zivilgesellschaftliche Gruppen zu den Auswirkungen von Krisenmaßnahmen anhören
- »Hingucken«: soziale Nöte beobachten und mögliche lindernde Maßnahmen im Dialog in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickeln

UMSETZUNGS-TIPP

Worauf ist zu achten?



PRAXIS-BEISPIEL

Was ist gute Praxis?



»Schwätzbänke« des Landesseniorenrats Baden-Württemberg

Filmprojekt »Corona heißt soziale Ausgrenzung« der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg

Angebote auf nebenan.de, z.B. in Salach

Beratung für suizidgefährdete junge Menschen [U25] der Caritas

4. Gesellschaftliche Meinungsbildung

ZENTRALE BOTSCHAFT: In Krisenzeiten fordert Kommunikation und Meinungsbildung die Gesellschaft heraus. Menschen fühlen sich von Informationen überfordert, Auffassungen spalten Kollegen, Freundschaften und Familien. Es ist wichtig, transparent und verständlich zu kommunizieren und Menschen bei ihrer Meinungsbildung zu unterstützen. Zudem ist es wichtig, mit Menschen unterschiedlicher Meinungen in Verbindung zu bleiben und für einen konstruktiven Dialog offen zu sein.



ERFAHRUNGSWISSEN
Was ist wichtig?



In Krisen ist der gesellschaftliche Zusammenhalt besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Es ist wichtig, einen konstruktiven Dialog unterschiedlicher Meinungen kontinuierlich zu führen.

VORSCHLAG
Was muss passieren?



Niedrigschwellige Dialogformate für einen konstruktiven Austausch unterschiedlicher Meinungen durchführen

- Verschiedene Gruppen mit ihren Meinungen und gesellschaftlichen Deutungsmustern stehen im Mittelpunkt
- Formate und Normen zum respektvollen und friedlichen Austausch unterschiedlicher Sichtweisen müssen zum Einsatz kommen
- Ziel ist es nicht, eine Übereinkunft zu erzielen. Sondern: Meinungen kennenzulernen, zu diskutieren und verschiedene Deutungsmuster anzubieten

UMSETZUNGS-TIPP
Worauf ist zu achten?



Politik-Dialog der Allianz für Beteiligung e. V./ Corona-Forum Zivilgesellschaft

PRAXIS-BEISPIEL
Was ist gute Praxis?



WERTE Wählen – Format der Allianz für WERTE orientierte Demokratie e. V.

**demoSlam – Format für Verständigung von Magnet
– Werkstatt für Verständigung gUG**



ERFAHRUNGSWISSEN

Was ist wichtig?



In Krisen müssen sich die Menschen oft mit Themen auseinandersetzen, die schwer verständlich sind. Es ist wichtig, Informationen über Krisen-Politik verlässlich, verständlich und zielgruppen-spezifisch aufzubereiten.

In Krisen werden Maßnahmen eher akzeptiert, wenn die Menschen sie nachvollziehen können. Es ist wichtig, Hintergründe, Begriffe und Vorgehensweisen zur Krisen-Politik regelmäßig zu erklären.

VORSCHLAG

Was muss passieren?



Einrichtung einer Online-Plattform, die Vorgehensweisen bündelt, zielgruppen-spezifisch informiert und praktische Informationen bietet

Vorgehensweisen und Maßnahmen kontinuierlich erklären und in regelmäßigen Abständen auch über »Lessons Learned« sprechen.

UMSETZUNGS-TIPP

Worauf ist zu achten?



- Einfache Sprache, leichte Sprache und barrierefreie Kommunikation müssen zum Einsatz kommen.
- Übersetzungsleistungen müssen eingeplant werden – in andere Sprachen und in »verständliches Deutsch«
- Passende Sprache wählen, keine Verharmlosung oder Kindersprache. Chatbots können als Ergänzung zur Informationsvermittlung helfen

- Politiker*innen müssen sich ihre Vermittlungsfunktion bewusst machen: Aufzeigen, was gut läuft, und wo es warum Schwierigkeiten gibt
- Transparenz und Feingefühl als Weg begreifen, um Vertrauen zu schaffen
- Bewusstsein für Fehlerkultur entwickeln und auch offen sagen, wenn man sich getäuscht hat

PRAXIS-BEISPIEL

Was ist gute Praxis?



Chatbot COREY des Innenministeriums Baden-Württemberg

Online-Plattformen der Städte **Freiburg**, **Offenburg** und **Ulm** zur Corona-Pandemie sowie **zivilgesellschaftliche Bestrebungen hierzu in Fellbach**

Kommunikation der Stadt Göppingen auf Facebook: Gespräch statt Spaziergang

Veranstaltungsreihe »Stadtgespräche« des Weltethosinstituts Tübingen: Was lernen wir in Tübingen aus der Corona-Krise?



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

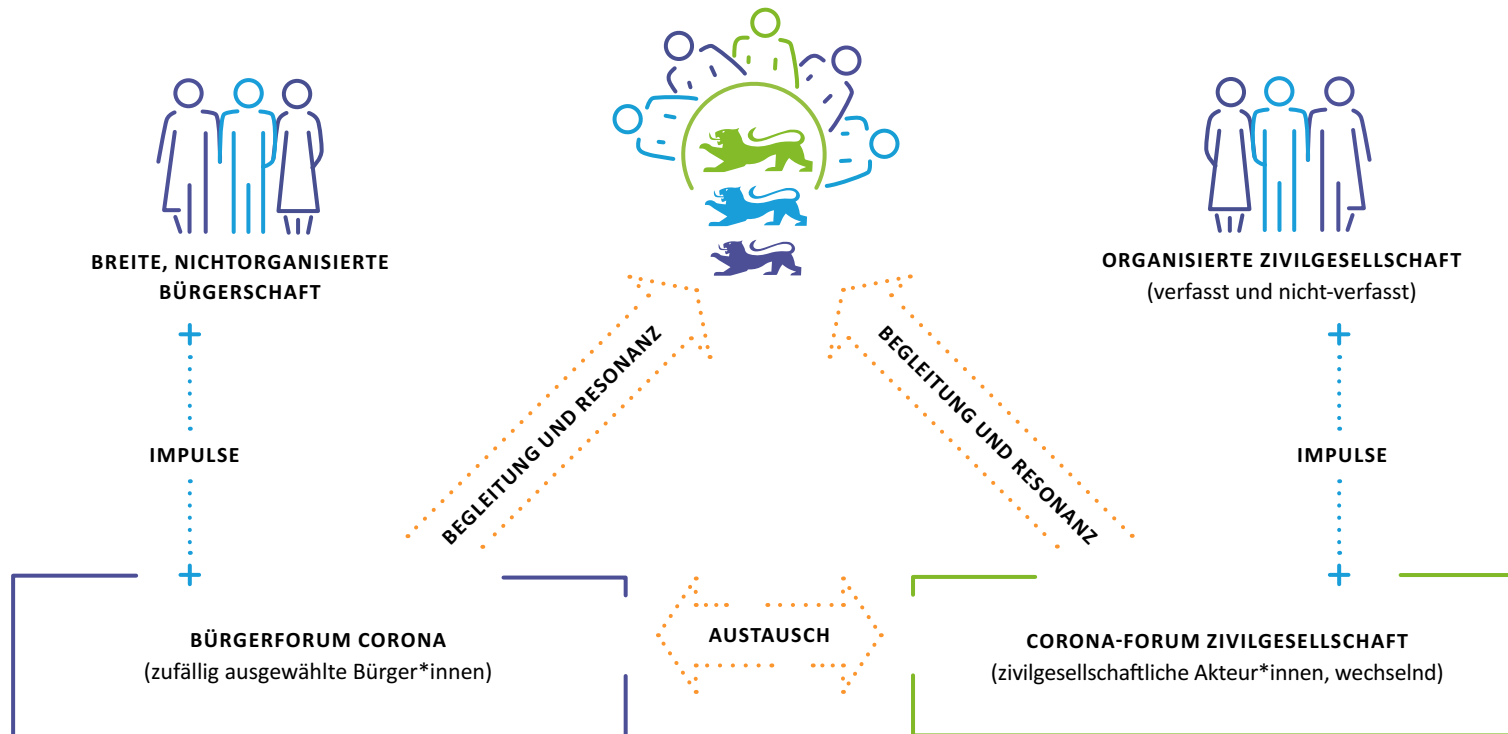
Corona-Forum Zivilgesellschaft

Das Corona-Forum Zivilgesellschaft ist eine Gruppe zivilgesellschaftlicher Akteure aus Vereinen, Verbänden, Stiftungen und Initiativen, die Impulse für die Landespolitik und die zivilgesellschaftliche Arbeit in Baden-Württemberg zur Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen geben möchte. Das Forum ist auf **Initiative der Allianz für Beteiligung** entstanden und wird von ihr koordiniert. Es ist eingebettet in einen breiten Beteiligungsprozess des Landes Baden-Württemberg, der auch das **Bürgerforum Corona** des Staatsministeriums einschließt:



Das Corona-Forum Zivilgesellschaft hat seit der konstituierenden Sitzung im Dezember 2020 zwölf Mal im monatlichen Turnus zu unterschiedlichen Themen getagt. Auf Basis von Impulsen von Fachleuten wurden Perspektiven aus unterschiedlichen Bereichen der Zivilgesellschaft diskutiert. Zwei Mal hat sich das Corona-Forum für den Dialog mit einer größeren Gruppe geöffnet: Bei Politik-Dialogen im Juli und Oktober 2021 kamen die Forums-Teilnehmer*innen mit Landtagsabgeordneten, Mitgliedern des Bürgerforums Corona sowie der interessierten Öffentlichkeit ins Gespräch. Zum Bürgerforum Corona und Vertreter*innen des Staatsministeriums bestand regelmäßiger Kontakt, um Diskussionsergebnisse auszutauschen.

Beteiligungsprozess des Landes Baden-Württemberg



Weitere Informationen sowie Diskussions-Protokolle finden Sie auf der Homepage der Allianz für Beteiligung:
www.allianz-fuer-beteiligung.de/beteiligung-aktuell/forum-zivilgesellschaft

ORGANISATIONEN, VON DENEN VERTRETER*INNEN AN SITZUNGEN DES CORONA-FORUMS ZIVILGESELLSCHAFT TEILGENOMMEN HABEN



Allianz für Beteiligung e. V.

Allianz für WERTEorientierte Demokratie (AllWeDo) e. V.

Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

Breuninger Stiftung GgmbH

Bündnis #Alarmstufe Rot

DIVaN e. V.

Gemeindetag Baden-Württemberg e. V.

JuFuN e. V.

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e. V.

Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg

Landesfamilienrat Baden-Württemberg

Landeskirchen in Baden und Württemberg

Landesschülerbeirat Baden-Württemberg

Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg e. V.

Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

LandFrauenverband Württemberg-Baden e. V.

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.

Lokale Agenda 21 in Ehingen

Mehr Demokratie e. V. Baden-Württemberg

Robert Bosch Stiftung gGmbH

s' Blochinger Wichte e. V. / Mehrgenerationenhaus Mengen

Städtetag Baden-Württemberg

Stadtteilvernetzer Stuttgart e. V.

Wirtschaftsjunioren Baden-Württemberg e. V.



Allianz für Beteiligung

Die Allianz für Beteiligung ist ein Netzwerk, das sich für die Stärkung von Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg einsetzt. Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftliche Herausforderungen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit Beteiligung von Bürgern besser gemeistert werden können. Deshalb entwickeln wir als Allianz für Beteiligung Maßnahmen, um Bürgerbeteiligung als Ergänzung der repräsentativen Demokratie in Baden-Württemberg nachhaltig zu verankern.

Die Arbeit der Allianz für Beteiligung umfasst Netzwerk- und Bildungsangebote, Veranstaltungen sowie Förderprogramme zu verschiedenen Themen der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Belange der Zivilgesellschaft in den politischen Diskurs auf Landesebene einzubringen.

Alle Informationen zur Allianz für Beteiligung gibt es auf unserer Homepage unter www.allianz-fuer-beteiligung.de



Dr. Miriam Freudenberger

Geschäftsführerin

Mail: Miriam.Freudenberger@afb-bw.de

Telefon: 0711 34 22 56 01



Nils Renkes

Referent

Mail: Nils.Renkes@afb-bw.de

Telefon: 0711 34 22 56 07



Allianz für Beteiligung e. V.

Augustenstraße 15

70178 Stuttgart